

Altstandort soll neue Erkenntnisse liefern

Uni Trier und Hochschule Furtwangen starten Forschungsprojekt zur Deponie Oberweier

Gaggenau (BT) – Die Mülldeponie Oberweier soll Teil sein eines Forschungsprojekts. Dies meldet die Bürgerinitiative Stopp Deponie Oberweier. „Als Musterbeispiel dafür, wie kommunale Kreislaufwirtschaft nicht funktioniert, liefert Oberweier den Anlass für ein bundes-/europaweites Forschungsvorhaben, an dem mehrere Universitäten beteiligt sein werden“, formuliert es die BI.

Auf Initiative von Dr. Hans-Peter Huppert und Rolf Fritsch, die die BI seit Februar fachlich begleiten, sei ein interdisziplinäres Forschungsvorhaben auf den Weg gebracht worden. Ziel: „eine Deponie-/Stoffstromplattform zu entwickeln, die künftig als Fundament einer transparenten und kollaborativen kommunalen Kreislaufwirtschaft dient.“

„Damit leistet die Bürgerinitiative einen wichtigen und vor allem konstruktiven Beitrag zur Entsorgungssicherheit im gesamten Landkreis Rastatt und sogar weit darüber hinaus“, lobt sich die Bürgerinitiative. Kommunale Kreislaufwirtschaft sei bisher nicht nur für die Bürger ein abstrakter Begriff geblieben, sondern auch für die allermeisten politischen Entscheidungsträger in den Städten und Landkreisen.

Bestes Beispiel dafür sei die geplante Erweiterung der Deponie Oberweier. „Der Umgang mit unserem täglichen Abfall wird nach wie vor als linearer Prozess begriffen, welcher bei Vermeidung anfängt und über die Verwertung ganz am Schluss bei der Deponierung endet“, heißt es weiter. Die Deponie bilde somit das „dreckige“, aber unverzichtbare Endglied in der langen Kette der Kreislaufwirtschaft, das nicht gerne thematisiert werde.

Seit 2006 habe sich in Deutschland das Volumen der Restabfälle zur Beseitigung auf dem hohen Niveau von rund



Blick auf den Zentralbereich der Mülldeponie: Die zunächst geplante Erweiterung zur Ablagerung von PFC-haltigen Abfällen führte zur Gründung einer Bürgerinitiative.

Foto: Peter Kraft

70 Millionen Kubikmeter pro Jahr eingependelt. Neue Deponiestandorte seien in diesem Zeitraum so gut wie keine hinzugekommen, sodass Deponieraum deutschland- und europaweit knapp werde und somit die notwendige Entsorgungssicherheit auf der Kippe stehe.

Bei der Beseitigung der Restabfälle stünden nach wie vor die alten, oftmals seit Jahrzehnten betriebenen Deponiealtstandorte im Fokus der kommunalen Abfallwirtschaft. Ohne die rund 1.100 Altstandorte sei eine geordnete Abfallentsorgung in Deutschland heute und in absehbarer Zukunft undenkbar. Doch die vorhandenen Deponiestandorte stießen zunehmend an ihre Kapazitätsgrenzen.

Da neue Standorte kaum noch durchsetzbar sind, werde deshalb versucht, die Altstandorte weiter zu betreiben und

mittels neuer Deponien auf den alten Deponien mehr Verfüllvolumen zu schaffen. „In Deutschland stehen in den nächsten Jahren Hunderte solcher Erweiterungsvorhaben an, europaweit sind es mehrere Tausend“, gibt die Bürgerinitiative zu bedenken.

„Kreislaufwirtschaft von unten“

Der Deponieexperte Dr. Hans-Peter Huppert und Rolf Fritsch, sein Partner für Medienprojekte, befassen sich seit 2019 mit dieser Thematik, unter anderem in Wicker (Hessen) und Oberweier.

„Unprofessionelle Entscheidungsprozesse“, so die Initiative, haben oft mehrere Ursachen: „Komplexe Fragestellungen, intransparente Kommunikation, unzureichende Fach-

kenntnis und Information der Entscheidungsträger, Abhängigkeit von Gutachtern/Planern sowie eine aufgeheizte Stimmung in der Bevölkerung vor Ort.“

Auf Initiative von Huppert und Fritsch planen das Institut für angewandtes Stoffstrommanagement (IfaS) der Universität Trier unter Leitung von Prof. Dr. Peter Heck und das Public Science Lab der Hochschule Furtwangen unter der Leitung von Prof. Dr. Stefan Selke ein gemeinsames Forschungsvorhaben, „das europaweite Beachtung finden wird“.

Das Forschungsprojekt stellt die Abfallhierarchie auf den Kopf und steht für eine „Kreislaufwirtschaft von unten“, wird Peter Heck zitiert. Mit einer „völlig neuen Perspektive“ – ausgehend von der Abfallbeseitigung/Deponierung – würden komplexe Zusammenhänge

der Kreislaufwirtschaft verständlich gemacht, Stoffströme neu bewertet sowie Optimierungswege und Alternativen aufgezeigt. „Erstmals werden anstehende Entscheidungsprozesse mithilfe eines interdisziplinären Public Vision Assessments vorbereitet und durchgeführt, was die Transparenz und vor allem die Robustheit der Verfahren deutlich steigern wird, weil hierbei Bürger und Laien umfassend von der Problemdiagnose bis zur Lösungsfindung beteiligt werden“ ergänzt Selke. Dazu wird eine Open Access Deponie-/Stoffstromplattform entwickelt, die als Fundament einer „transparenten und kollaborativen kommunalen Kreislaufwirtschaft“ bundes- und europaweit als Musterbeispiel eingesetzt werden kann. Weitere Universitäten sollen in die Forschung integriert werden.